



An den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses
Herrn Jörg van Geffen

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 16.11.2018

AN/1640/2018

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Wirtschaftsausschuss	16.11.2018

Wirtschaftsförderung stärken statt privatisieren!

Sehr geehrter Herr van Geffen,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgenden Änderungsantrag zu TOP 3.1 in die Tagesordnung der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 16.11.2018 aufzunehmen:

Präambel:

Die städtische Wirtschaftsförderung leistet in Köln erfolgreiche Arbeit und trägt als Teil der Daseinsvorsorge zur Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt bei.

Die erreichten Erfolge – von Rekordeinnahmen bei der Gewerbesteuer, über ein Allzeithoch bei der Zahl an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen bis hin zu prominenten Erfolgen in der Ansiedlungspolitik und der Bestandpflege – sprechen durchaus für sich.

Bestätigung fand dies auch mit der vergleichenden Analyse, die „The Boston Consulting Group“ (BCG) im Mai vergangenen Jahres zu Organisation und Arbeitsweise der kommunalen Wirtschaftsförderung in den zehn größten Städten Deutschlands vorgestellt hat. Bei vergleichsweise deutlich geringerem Budget erzielt Köln sehr gute Erfolge im Benchmark!

Das bedeutet nicht, dass erfolgreiche Arbeit nicht durch verbesserte Rahmenbedingungen weiter optimiert werden kann. Unbestritten stärken ein deutlich erhöhtes Budget, eine Aufstockung der personellen Ressourcen aber auch verbesserte Möglichkeiten, innerhalb der Stadtverwaltung für die Belange des Wirtschaftsstandortes einwirken zu können, die Rolle und Schlagkraft der Wirtschaftsförderung. Einer Ausgründung der Wirtschaftsförderung bedarf es dafür nicht. Im Gegenteil gestaltet sich eine solche Änderung der Organisationsform kostenintensiver ohne einen Mehrwert und erhöht unnötig Schnittstellen.

Der Beschlussvorschlag wird daher wie folgt ersetzt:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt, die Aufgaben der Wirtschaftsförderung nicht in eine privatrechtliche Gesellschaftsform auszugliedern, sondern, anknüpfend an die bisherige erfolgreiche Arbeit, weiterhin innerhalb der Verwaltung zu führen.
2. Der Rat spricht sich für eine Stärkung der städtischen Wirtschaftsförderung aus und beschließt, das bisherige Budget für Aufgaben der Wirtschaftsförderung um zusätzliche Gestaltungsmittel in Höhe von 2,8 Mio. € aufzustocken. Dabei sind auch entsprechende Mehrstellen für eine Intensivierung der Aufgabenwahrnehmung in den Aufgabenbereichen Auslandsakquisition, Unternehmensservice und Startup Unit vorzusehen.
3. Im Amt für Wirtschaftsförderung werden die auch bislang wahrgenommenen Aufgaben einschließlich der Bereiche „Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung“ sowie „Medien und Internetwirtschaft“ gebündelt. Zudem soll die Wirtschaftsförderung künftig wahrnehmbar als zentrale Ansprechpartnerin für die Belange des Einzelhandels fungieren.
4. Um die Belange des Wirtschaftsstandortes Köln in Politik, Verwaltung und der Stadtgesellschaft angemessen und mit Nachdruck zu vertreten, wird unverzüglich die Nachbesetzung des Dezernates Wirtschaft und Liegenschaften angestoßen. Der Bedeutung der digitalen Transformation der Wirtschaft wird künftig auch Rechnung getragen, indem das Dezernat künftig die Bezeichnung „Dezernat für Wirtschaft, Digitales und Liegenschaften“ führt.
5. Die Wirtschaftsförderung wird zur Wahrnehmung ihrer Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet, um bei Interessens- und Zielkonflikten unter Beachtung der gesamtstädtischen Prioritätensetzungen Lösungen herbeizuführen. Dabei soll den zentralen Herausforderungen einer erfolgreichen Standortpolitik, der Bereitstellung von Flächen sowie einer Beschleunigung von verwaltungsinternen Genehmigungsprozessen, eine besondere Aufmerksamkeit zukommen.
6. Für eine zügige konzeptionelle Neuaufstellung der gestärkten Wirtschaftsförderung beschließt der Rat, das Budget für das Jahr 2019 einmalig um 1,0 Mio. € aufzustocken. Mit externer Unterstützung soll die strategische Ausrichtung der Wirtschaftsförderung einschließlich der Entwicklung eines Ziel- und Controllingsystems erarbeitet werden.
7. Mit dem Ziel, Akteure der Wirtschaft eng in die Neuausrichtung, aber auch in die laufenden Aktivitäten der Wirtschaftsförderung einzubinden, wird ein Experten-Beirat gegründet. Diesem sollen neben Vertretern aus Unternehmen, IHK und HWK sowie des Einzelhandels auch Vertreter der städtischen und stadtnahen Gesellschaften (u.a. KölnTourismus, KoelnMesse, RheinEnergie, Flughafen KölnBonn, Sparkasse KölnBonn...) und aus dem

Hochschulbereich angehören. Zielsetzung ist eine enge Koordination und Entwicklung gemeinsamer Aktivitäten. Eine wesentliche Zielsetzung für die neu aufgestellte Wirtschaftsförderung ist es, die nationale und internationale Vermarktung des Standortes Köln zu intensivieren und zu optimieren.

8. Die mit Verzicht auf eine Ausgründung der Wirtschaftsförderung eingesparten Mittel in Höhe von rund 2 Mio. € jährlich (gesellschafts- und aufgabenbezogener Mehrbedarf sowie Personal- und Sachkosten „Herausgehobene Dienststelle“) werden für Maßnahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung, insbesondere zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit in Köln, eingesetzt.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin